

# Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

---



**September 2018**

# Aus dem Landtag und dem Wahlkreis

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde,

um Ihnen monatlich eine Auswahl aus den interessanten Themen der CDU-Landtagsfraktion und meinen Aktivitäten im Wahlkreis zu präsentieren, finden Sie meine Online-Broschüre „Aus dem Landtag und dem Wahlkreis“ auf meiner Homepage.

Umfassende Informationen und Presseberichte zur Arbeit der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter [www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de).

Ich hoffe sehr, dass Ihnen meine Online-Broschüre gefällt und Sie regelmäßig zu Beginn eines Monats die Zusammenfassung des vorangegangenen Monats auf meiner Homepage anklicken.

Natürlich stehe ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung!



Herzlichst  
Ihre Editha Westmann

## September Spruch:

„In jeder Minute, die du im Ärger verbringst,  
versäumst du 60 glückliche Sekunden  
deines Lebens.“

(Albert Einstein)

# Aus dem Landtag – September 2018

---

***Folgende Anträge der CDU-Landtagsfraktion wurden im Rahmen des 10. Tagungsabschnittes des Niedersächsischen Landtages vom 12. bis 14. September 2018 behandelt:***

## ***Aktuelle Stunde***

- Tag der Heimat 2018 – Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen (Drs.18/1579)

## ***Gesetzentwurf***

- Rundfunkbeitrag stabil halten – Akzeptanz für das System eines zeitgerechten öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhöhen (Drs. 18/1074)
- Leistung der Deutschen aus Russland anerkennen (Drs. 18/1544)
- Rahmenbedingungen des Lkw-Verkehrs verbessern, Kontrollen verstärken und technische Möglichkeiten besser nutzen (Drs. 18/1535)
- Ehrenamt stärken – Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen! (Drs. 18/1536)
- Sicherstellung von qualifiziertem ärztlichen Fachpersonal im öffentlichen Gesundheitsdienst (Drs.18/1532)

# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede Rede zum Antrag „Vertreibung und Gewalt nicht vergessen – Leistung der Deutschen aus Russland anerkennen“ - Editha Westmann (1)**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Um den von CDU und SPD auf den Weg gebrachten Antrag „Vertreibung und Gewalt nicht vergessen – Leistung der Deutschen aus Russland anerkennen“ nachvollziehen zu können, ist es erforderlich, die Geschichte der Deutschen aus Russland zu kennen. Daher erlauben Sie mir eine kurze Zusammenfassung der Historie.

Die Geschichte der Deutschen aus Russland beginnt in der Zeit Katharina der Großen im Jahre 1763 mit dem von ihr verfassten sogenannten Einladungsmanifest. Dieser Einladung folgten tausende Deutsche in der Hoffnung auf Eigentum, Anerkennung und Wohlstand. Doch das Leben in den ihnen zugewiesenen Gebieten war von harter Arbeit und Entbehrung geprägt. Doch die Deutschen stellten sich dieser Herausforderung und schufen sich eine auskömmliche Lebensgrundlage. Über Generationen hinweg lebten die Deutschen an der Wolga und der Südukraine fast ausnahmslos unter sich. Das große Russische Reich profitierte erheblich von der Leistung der Deutschen.

Doch mit dem Einmarsch der nationalsozialistischen deutschen Truppen in Sowjetrußland nahm das Schicksal der Deutschen in den Siedlungsgebieten eine grausame Wendung.

Am 28. August 1941 erklärte die stalinistische Diktatur alle in Russland lebenden Deutschen pauschal zu Staatsfeinden. Sie wurden unverschuldet für die Gräueltaten der NS-Truppen unter Generalverdacht gestellt.

Es folgte eine Welle der Vertreibung, der Flucht und der Deportation von ca. einer Millionen Deutscher. Die Deportation fand unter unmenschlichen Bedingungen statt. Tausende starben während der Deportation an den Folgen der Unterernährung, der Kälte, den großen Strapazen und an Gewalteinwirkungen.

# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede von Editha Westmann (2)**

Es folgte eine Welle der Vertreibung, der Flucht und der Deportation von ca. einer Millionen Deutscher. Die Deportation fand unter unmenschlichen Bedingungen statt. Tausende starben während der Deportation an den Folgen der Unterernährung, der Kälte, den großen Strapazen und an Gewalteinwirkungen.

Die meisten Deutschen wurden nach Sibirien und Mittelasien verschleppt. Die Lebensbedingungen waren dort unwirklich, unmenschlich und wieder standen die deportierten Deutschen vor dem Nichts.

Das Leben der Deutschen in Russland wurde zu einem Martyrium, zu einer Tragödie, deren Folgen bis heute spürbar sind.

Das große Leid der Deutschen aus Russland ist nicht nur mit den großen Strapazen und Entbehrungen zu beschreiben.

Besonders leidvoll war das Verbot, die deutsche Kultur zu leben, die deutschen Werte hochzuhalten und die deutsche Sprache zu sprechen.

Kurz gesagt: sie sollten ihrer Identität beraubt werden.

Doch die deutschstämmigen Deportierten haben nicht aufgegeben. Sie haben schnell gelernt so unauffällig wie möglich zu leben.

Und soweit es ihnen überhaupt möglich war haben sie, meist im Verborgenen, die deutsche Kultur gelebt, die deutschen Werte an die Kinder und Enkel weitergegeben und die deutsche Sprache gesprochen.

Nicht selten stärkte das Singen deutscher Lieder und das Lernen deutscher Gedichte den Überlebenswillen.

Ihrer Zielstrebigkeit und ihrem Fleiß ist es zu verdanken, dass viele der Deutschen aus Russland hervorragende Schulabschlüsse und Berufsqualifikationen erreichten.

In der alten Heimat Deutschland leben zu dürfen war für die meisten Deutschen in Russland über viele Jahre ein scheinbar unerreichbarer Traum.

# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede von Editha Westmann (3)**

Doch dann wurden endlich die politischen Weichen gestellt. Deutschland übernahm die Verantwortung für das Schicksal der Deutschen aus Russland und die Ausreise in die alte Heimat wurde ermöglicht. Und tausende Aussiedler nutzten die Chance und kamen zurück. Viele Aussiedler, die in den 80er und 90er Jahren kamen, erlebten einen regelrechten Kulturschock, wie ich aus zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen weiß.

So wurden hier kaum noch die alten Heimatlieder gesungen und die Gedichte der großen deutschen Dichter waren vielen hier geborenen Deutschen mitunter nicht einmal bekannt.

Stattdessen liefen im Fernsehen so merkwürdige Sendungen wie Tutti Frutti.

Das hatten sich viele Aussiedler ganz anders vorgestellt. Doch daran gewöhnte man sich.

Doch schnell wurde klar, dass die Aussiedler hier in Deutschland oft nicht als „Deutsche“ angesehen wurden, sondern als die „Russen“.

Das tat nicht nur schrecklich weh, es stürzte viele Aussiedler in eine erneute Identitätskrise.

Schul- und Berufsabschlüsse wurden nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen anerkannt.

Viele sehr gut ausgebildete Aussiedler blieben auf der Strecke und arbeiteten weit unter ihrer Qualifikation.

Wir haben damals viel zu wenig getan, um unsere Aussiedler nachzuqualifizieren.

Aber auch damals lebten die meisten Aussiedler nach der bewährten Methode: Nur nicht auffallen, arbeiten, egal was, Hauptsache man kann die Familie ernähren.

Und sie haben die Ärmel hochgekrempelet, haben sich jeden Pfennig vom Munde abgespart. Vielen Deutschen aus Russland ist es so gelungen, das eigene Haus bauen zu können.

# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede von Editha Westmann (4)**

Dabei waren die gegenseitige Unterstützung und praktische Hilfe unter den Aussiedlern meist eine Selbstverständlichkeit. Bis heute halten sich Gerüchte, nach denen die Aussiedler viele tausend Euro zur Begrüßung vom Staat bekommen. Das war nie der Fall, hat aber in Teilen der aufnehmenden Gesellschaft schnell zu einer Neiddebatte und zu Ablehnung geführt.

Anrede

Der Lebensweg unserer Aussiedler und Spätaussiedler war kein Leichter.

Die grausamen Folgen des 2. Weltkrieges haben eine Spirale der Entwurzelung ausgelöst. Und doch sind die meisten Aussiedler und Spätaussiedler im Herzen ganz eng mit der Deutschen Heimat verbunden.

Daher bin ich fest davon überzeugt, dass unsere Landsleute aus Russland oder den anderen Gebieten des ehemaligen Russischen Reiches unsere Solidarität verdienen.

Ich bin davon überzeugt, dass ohne die herausragende Arbeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland die Eingliederung vieler Aussiedler und Spätaussiedler nicht so reibungslos verlaufen wäre.

Natürlich ist es schön, die kulturellen Veranstaltungen gemeinsam mit den Deutschen aus Russland zu feiern. Natürlich klingen die Reden gut, in denen den Deutschen aus Russland ein hohes Maß an Integrationswilligkeit bestätigt wird.

Doch das darf nicht alles sein!

Die LM muss künftig stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Beispielsweise bei dem Ausbau des Museums Friedland.

Friedland ist das Tor zur Freiheit. Es ist aber auch die heimliche Hauptstadt der Deutschen aus Russland, wie Lilli Bischoff, die Vorsitzende der LM der Deutschen aus Russland immer wieder gerne betont. Wer könnte ein besserer Ratgeber für den weiteren Ausbau sein, als die Menschen, deren persönliches Schicksal so eng mit diesem Ort verbunden ist.

# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede von Editha Westmann (5)**

Es ist überfällig, dass wir uns stärker um die Belange dieser Gruppe kümmern und uns für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

2017 kamen nach einem deutlichen Einbruch der Zahlen in den Vorjahren bundesweit wieder mehr als 7000 Spätaussiedler zu uns. Für dieses Jahr erwarten wir eine ähnliche Zahl.

Das zeigt doch, dass wir uns kümmern müssen.

Darum müssen wir die Arbeit der LM finanziell stärker unterstützen. Sie muss professionalisiert werden.

Wir müssen der Landsmannschaft die Rahmenbedingungen für ihre anspruchsvolle Arbeit schaffen.

Im Zuge der Wiedervereinigung stand Gesamtdeutschland vor einer großen Herausforderung, um die Renten in Ost und West zu sichern.

Wir alle wissen, dass nach der Wiedervereinigung eine sofortige Angleichung der Renten in West- und Ostdeutschland unmöglich war.

Das Rentenniveau in Ostdeutschland lag weit unter dem in Westdeutschland. Aus diesem nachvollziehbaren Grunde wurde seinerzeit die Fremdreute um 40 % für unsere Aussiedler gekürzt und die Endgeldpunkte wurden für Einzelpersonen auf 25 und für Paare zusammen sogar auf nur 40 EP gedeckelt.

Im Laufe der Jahre konnte das Rentenniveau zum Glück zwischen West und Ost fast vollständig angeglichen werden.

Doch die Fremdreute der Deutschen aus Russland wurden dabei nicht berücksichtigt.

Und genau da liegt die Ungerechtigkeit.

Das Fremdreutensystem ist ausgesprochen kompliziert und hier in der Kürze der Zeit nicht hinreichend zu erklären.

Doch ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen nur ans Herz legen, sich einmal intensiv mit dieser Thematik zu befassen.

Dann werden Sie schnell nachvollziehen können, wie drastisch die Folgen der damaligen Gesetzesänderungen heute für unsere Spätaussiedler sind.

Den Unmut der Betroffenen kann ich sehr gut nachvollziehen. Wir sprechen hier nämlich von vielen Menschen, die dadurch in die Altersarmut geraten. Nun kann man ja der Meinung sein, dass hier bei uns jeder durch den Gang zum Grundsicherungsamt aufgefangen wird. Doch es ist eben nicht dasselbe, ob ich eine Rente beziehe, die meiner Lebensleistung entspricht oder ob ich staatliche Unterstützung zur Grundsicherung erhalte.

---



# Aus dem Landtag - September 2018

---

**12. September 2018**

**Rede von Editha Westmann (6)**

Viele der Betroffenen gehen nicht zum Amt. Sie schufteten oftmals bis ins hohe Alter schwer, um ihren Lebensunterhalt aufzubessern. Ich finde, dass das nicht in Ordnung ist, wenn man nachweislich sein ganzes Leben gearbeitet hat. Daher hoffe ich sehr, dass Niedersachsen eine Bundesratsinitiative startet, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Lassen Sie uns gemeinsam unserer Verantwortung gegenüber den Deutschen aus Russland gerecht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es ist ja im Vorfeld dieser Beratungen schon deutlich geworden, dass Sie sich mit unserem Antrag schwertun. Doch bitte spielen Sie hier nicht eine Gruppe gegen die andere aus. Vergleichen Sie nicht, wo ein Vergleich nicht angebracht ist. Die allermeisten Aussiedler und Spätaussiedler tragen noch heute zu unserem Wohlstand bei. Es ist an der Zeit, dass den freundlichen Reden endlich Taten folgen. Stehen wir gemeinsam an der Seite unserer Spätaussiedler. Erkennen wir gemeinsam die Lebensleistung unserer Aussiedler und Spätaussiedler an. Vielen Dank!

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**06. September 2018**

**Heineking: Niedersachsen stärkt die Sicherheit im Lkw-Verkehr**

**Hannover.** Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Heineking, zeigt sich erfreut über den Start der Lkw-Aktionstage an der A2: „Diese Initiative des Verkehrs- und Innenministeriums verdient größtmögliche Unterstützung. Angesichts des weiteren Wachstums im straßengebundenen Güterverkehr müssen wir mehr in Sachen Verkehrssicherheit tun.“ Die verlässliche Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten könne dabei eine wichtige Rolle spielen. Es gehe aber nicht nur um bessere Kontrollen, sondern auch um einen Mentalitätswandel. „Mit den Aktionstagen erfahren die Fernfahrer am eigenen Leib, wie sich Ermüdungserscheinungen auf ihre Fahrtüchtigkeit auswirken. Hier erhoffe ich mir zahlreiche Aha-Effekte“, betonte Heineking.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen wird sich der Niedersächsische Landtag ab der kommenden Woche ebenfalls mit der Lkw-Sicherheit auf den niedersächsischen Straßen beschäftigen. „Wir wollen erreichen, dass Lang-Lkw besser eingesetzt und Schwerlastverkehre unbürokratischer organisiert werden können“, sagte Karsten Heineking. „Gleichzeitig brauchen wir zusätzliche und sichere Parkplätze für Lkw an den Bundesfernstraßen.“ Hierzu sollen zusätzliche Parkplätze entstehen, die Verkehrstelematik ausgebaut und wirksame Maßnahmen gegen so genannte Planenschlitzer entwickelt werden. Einer Studie des Bundesamtes für den Güterverkehr zufolge entstehen durch Planenschlitzer jährliche Schäden von mehr als 300 Mio. Euro. „Wenn die Fahrer Angst um ihre Fracht haben, kommen sie nicht zur Ruhe. Dann sind formelle Vorgaben zu Lenk- und Ruhezeiten kaum mehr als Verkehrssicherheit auf dem Papier“, ist Heineking überzeugt.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**12. September 2018**

**Toepffer: Heimat ist im stetigen Wandel – Integrationsleistungen würdigen, Geschichte wahren**

Hannover. Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer an die große Integrationsleistung der Vertriebenen und Spätaussiedler in Niedersachsen erinnert und zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte aufgerufen. „Heimat ist keine Konstante, sie verändert sich. So haben es auch die Menschen in Niedersachsen nach dem Ende des Dritten Reiches erfahren. Mit dem Zuzug hunderttausender Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten hat sich die niedersächsische Heimat verändert: Für die, die hier schon immer eine Heimat hatten, und für die, die hier eine neue Heimat gefunden haben. Ich bin sicher: Diese Veränderung hat Niedersachsen nicht geschadet. Sie hat Niedersachsen vorangebracht. Gleiches gilt für den Zuzug weiterer hunderttausender Menschen aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion.“

Mit Blick auf die jüngsten Demonstrationen in Chemnitz und Köthen sagte Toepffer weiter: „Viele Menschen in Deutschland sehen ihre Heimat aus ganz unterschiedlichen Gründen in Gefahr. Manche fürchten die Veränderung. Heimat ist nun einmal auch das, was man kennt, und deshalb nicht verändert werden soll. Andere fürchten sich vor Kriminalität. Heimat ist ja auch der Ort, an dem man sich sicher fühlt. Nachdem Vertriebene und Spätaussiedler ihre alte Heimat verloren haben, fürchten sie nun oftmals auch den Verlust der neuen Heimat. Leider macht sie dies immer wieder zum Spielball derer, die alles Fremde fürchten und sich nicht scheuen, aus der rechten Ecke jene in Russland zu hofieren, die noch im Gestern leben. Dabei sollte nicht vergessen werden: Flucht und Aussiedlung aus der früheren Sowjetunion waren Folge von Diskriminierung und Missachtung der Menschenrechte.“ Wer noch heute die Menschenrechte in Russland missachte oder Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiere, handele in der Tradition derer, die Millionen Deutsche verfolgt und aus dem Land vertrieben haben, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**12. September 2018**

**Toepffer: Heimat ist im stetigen Wandel – Integrationsleistungen würdigen, Geschichte wahren**

Wer seine Heimat verstehen wolle, müsse sich aber auch mit den Ursachen geschichtlicher Veränderung auseinandersetzen: „Wir müssen uns auch künftig für eine aktive Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen einsetzen. Es ist daher gut und richtig, gerade jungen Menschen deutlich zu machen, mit welchen Mitteln Nationalsozialisten die Menschen in ihren Bann gezogen und für ihre menschenverachtende Politik missbraucht haben, damit wir nicht wieder auf eine Politik der großen Gesten und der lauten Worte hereinfallen. Über die Größe einer solchen Gedenkstätte kann man sicher streiten. Wer den Menschen in Emmerthal allerdings erzählt, dass es auf ihre Meinung zur Ausgestaltung der Gedenkstätte nicht ankommt, der riskiert, sie in die falsche Richtung zu treiben. Wir müssen die Menschen vor Ort nicht fürchten.“

Vor dem Hintergrund des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR im kommenden Jahr forderte Toepffer zudem, auch in Niedersachsen verstärkt über die zweite Diktatur auf deutschem Boden aufzuklären. „Wer für die Heimat Verantwortung übernimmt, muss auch der Opfer der zweiten Diktatur auf deutschem Boden gedenken. Niedersachsen hatte die längste innerdeutsche Grenze zur DDR und unterstützt keine einzige Einrichtung, die sich mit den Schrecken dieser Grenze befasst. Keine Landesregierung ist hier der eigenen Verantwortung gerecht geworden. Wir wollen das ändern und endlich das weitgehend von Ehrenamtlichen aus Duderstadt getragene Grenzlandmuseum Eichsfeld verlässlich unterstützen.“

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**12. September 2018**

**Westmann: Niedersachsen muss seiner Verantwortung gegenüber den Deutschen aus Russland gerechter als bislang werden**

Hannover. „Die meisten Aussiedler und Spätaussiedler sind im Herzen eng mit ihrer deutschen Heimat verbunden“, so die CDU-Landtagsabgeordnete Editha Westmann. „In den vergangenen Jahrzehnten haben sie einen großen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung unseres Landes geleistet und sind ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Eingliederung. Ich bin deshalb fest davon überzeugt, dass unsere Landsleute aus Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion unsere Solidarität verdienen.“ Aus diesem Grund hat sie sich in der heutigen Landtagsdebatte für den gemeinsamen Antrag von SPD und CDU ausgesprochen, auf dessen Grundlage die Arbeitsleistung der Spätaussiedler im Herkunftsland und auch ihre historische Leistung angemessen berücksichtigt werden soll. „Unter anderem wollen wir eine Bundesratsinitiative starten, um einen finanziellen Nachteilsausgleich bei der Rentenberechnung für Spätaussiedler zu erreichen.“

Um nach der Wiedervereinigung das Rentenniveau in Ostdeutschland an das in Westdeutschland schrittweise angleichen zu können, musste die sogenannte Fremdrete für Spätaussiedler seinerzeit um 40 Prozent gekürzt werden. Entgeltpunkte wurden für Einzelpersonen auf 25 und für Paare auf 40 gedeckelt. „Mittlerweile konnte das Rentenniveau zwischen Ost und West fast vollständig angeglichen werden – die Fremdrete für Spätaussiedler wurde dabei aber nicht berücksichtigt“, so Westmann. „Das ist ungerecht. Ich kann den Unmut der Betroffenen sehr gut nachvollziehen.“ Es ginge schließlich um viele Menschen, die aus diesem Grund von Altersarmut betroffen sind. „Die gesetzliche Grundsicherung als Lösung aller Probleme zu benennen, ist Augenwischerei. Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob ich eine meiner Lebensleistung entsprechende Rente oder staatliche Unterstützung erhalte“, kritisiert Westmann. „Wer nachweislich sein ganzes Leben – sei es in Deutschland oder wie viele ältere Spätaussiedler in Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente.“ Deutschland, insbesondere Niedersachsen, müsse seiner Verantwortung gegenüber den Deutschen aus Russland gerechter als bislang werden.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**12. September 2018**

**Heineking: Koalition will Sicherheit im Lkw-Verkehr verbessern**

Hannover. Die Regierungskoalitionen aus SPD und CDU haben heute einen Antrag zur Verbesserung der Lkw-Sicherheit auf den niedersächsischen Autobahnen und Bundesfernstraßen in den Landtag eingebracht. „Niedersachsen ist Logistikstandort und trägt mit seiner leistungsstarken Infrastruktur zu einem reibungslosen Transport innerhalb Deutschlands und Europas bei. Damit das so bleibt, muss auch die Verkehrssicherheit gewährleistet sein“, sagt Karsten Heineking, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. In dem Antrag geht es unter anderem um die Schaffung zusätzlicher Lkw-Parkplätze auf den Bundesfernstraßen, den weiteren Ausbau der Verkehrstelematik und die Nutzung digitaler Parkleitsysteme für Lkws sowie Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lenk- und Ruhezeiten und Abstandsregelungen sollen stärker kontrolliert und Verstöße durch in- und ausländische Fahrer konsequenter geahndet werden. Aber auch die Sicherung von Lkw-Parkplätzen gegen sogenannte Planenschlitzer und die Ausweitung des Positivnetzes für Lang-Lkw sowie die Genehmigungspraxis von Schwertransporten sind Teil des Antrags.

„Wir wollen erreichen, dass Lang-Lkw besser eingesetzt und Schwerlastverkehre unbürokratischer organisiert werden können“, sagte Karsten Heineking. „Gleichzeitig brauchen wir zusätzliche und sichere Parkplätze für Lkw an den Bundesfernstraßen.“ Mit dem digitalen Parkleitsystem sollen unnötige „Parksuchfahrten“ verhindert werden. „Damit wollen wir Verletzungen der Lenk- und Ruhezeiten verhindern“, so der Verkehrsexperte. Auch das im Antrag geforderte Präventionskonzept gegen Planenschlitzer zielt in diese Richtung. Einer Studie des Bundesamtes für den Güterverkehr zufolge entstehen durch Planenschlitzer jährliche Schäden von mehr als 300 Millionen Euro. „Wenn die Fahrer Angst um ihre Fracht haben, kommen sie nicht zur Ruhe. Dies trägt nicht zur Verkehrssicherheit bei“, ist Heineking überzeugt. Dem in der Logistikbranche ebenfalls herrschenden Fachkräftemangel will die Koalition gemeinsam mit den Speditions- und Logistikverbänden begegnen: „Wir müssen konkrete Schritte zur Gewinnung von Fachkräften definieren, insbesondere beim Fahrerpersonal. Gut ausgebildete, motivierte und vernünftig bezahlte Fahrer erhöhen ebenfalls die Verkehrssicherheit“, so Heineking abschließend.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**13. September 2018**

**Schünemann: Seien wir mutig, unsere Werte zu verteidigen! Seien wir mutig, gegen die Feinde unserer Demokratie aufzustehen!**

Hannover. „Deutschland ist ein offenes und demokratisches Gemeinwesen. Das Grundgesetz ist das Fundament unserer staatlichen Ordnung, das uns elementare Freiheitsrechte zusichert. Darauf können wir zurecht stolz sein“, erklärte der stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann zu Beginn der Aktuellen Stunde zum Thema „Wehrhafte Demokratie in einer wachsamem Gesellschaft“ im Niedersächsischen Landtag.

Der Innenexperte wies in seiner Rede darauf hin, dass gerade wir Deutschen schmerzlich erfahren mussten, was es bedeutet, wenn eine freiheitliche Demokratie systematisch von ihren Gegnern demontiert wird. Weimar habe dies den Müttern und Vätern des Grundgesetzes gelehrt.

„Unsere Grundwerte stehen nicht zur Disposition. Deshalb ist das Grundgesetz als wehrhafte Demokratie ausgestaltet. Trotz der Schutzklauseln im Grundgesetz muss es für uns alle heißen: Wehret den Anfängen! Ob Islamismus, ob Rechts- oder Linksextremismus: Das Leitprinzip der wehrhaften Demokratie verlangt, dass wir jeglicher Form des extremistischen Kampfes gegen die Grundfesten unseres Gemeinwesens mit allem Nachdruck entgegentreten“, so Schünemann.

Der CDU-Politiker forderte eine Rückbesinnung auf die Werte unserer Demokratie. „Wir brauchen Mut. Mut zu einer streitbaren Gesellschaft und zu einem Bekenntnis zu unserem Land. Mut zu mehr Prävention und zur politischen Entscheidung. Und selbstverständlich Mut zu starken Sicherheitsbehörden“, so der stellv. Fraktionsvorsitzende.

Schünemann machte deutlich, worauf es aus seiner Sicht ankommt: Niedersachsen bräuchte einen Aufbruch für einer wehrhafte Demokratie: „Wir müssen uns wehren gegen jede Art von Extremismus, im Internet, in der realen Welt, im Beruf, in der Freizeit. Unser aller Engagement ist gefordert. Seien wir mutig, unsere Werte zu verteidigen! Seien wir mutig, gegen die Feinde unserer Demokratie aufzustehen!“

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**13. September 2018**

**Fredermann: „Beratung vor Sanktion“ – Regierungskoalition will Vereine beim Datenschutz entlasten**

Hannover. Mitgliederverwaltung, Datenverarbeitung und Teilnehmerlisten: Für 56.750 Vereine in Niedersachsen gilt seit dem 25. Mai 2018 die Datenschutz-Grundverordnung, kurz DSGVO. Ihre praktische Umsetzung stellt die ehrenamtlich Tätigen vor große Herausforderungen – vor allem aufgrund teils erheblicher Sanktionen, die bei Zuwiderhandlung drohen. Aus Sicht des CDU-Landtagsabgeordneten Rainer Fredermann müsse die Politik nun gegensteuern: „Wir wollen diejenigen in unserem Land, die sich ehrenamtlich engagieren, die Arbeit erleichtern und nicht durch komplizierte Regelungen erschweren.“ In einem Entschließungsantrag fordern die CDU und SPD die Landesdatenschutzbeauftragte nun auf, bei einem Erstverstoß den Grundsatz „Beratung vor Sanktion“ zu befolgen.

„Sollte sie diesem Ansinnen folgen, müssten Vereine zunächst keine Bußgelder befürchten“, sagt Fredermann. Darüber hinaus sei die Datenschutzbeauftragte als Aufsichtsbehörde des Landes gebeten worden, ehrenamtlich Tätige bestmöglich zu beraten und zu schulen: „So wichtig der Schutz persönlicher Daten ist, so komplex ist das Gesetz, das diesen Schutz garantiert. Wir wünschen uns anwenderfreundliche und konkrete Handlungs- und Formulierungshilfen für Vereine, damit sie mit den neuen Regeln rechtssicher umgehen können.“ Auch die Landesregierung werde gebeten, sich im Bund für Erleichterungen einzusetzen, so Fredermann. „Unser Ziel ist, dass ehrenamtlich tätige Vereine von ihrer Verpflichtung befreit werden, einen eigenen Datenschutzbeauftragten zu benennen. Eine derartige Änderung würde die Vereine in Niedersachsen erheblich entlasten.“



# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**17. September 2018**

**Bäumer: Abschuss endlich ermöglichen – Wolfspopulation darf nicht sich selbst überlassen werden**

Hannover. „Die niedersächsische Wolfspopulation hat mittlerweile eine Größe erreicht, die das Zusammenleben unverträglich macht“, so CDU-Fraktionsvize Martin Bäumer. „In Deutschland leben zurzeit 1000 Wölfe. Unseren Hochrechnungen zufolge werden es 2022 über 4000 und 2030 über 40.000 Wölfe sein. Das ist ein jährlicher Zuwachs von rund 30 Prozent.“ Mittlerweile sei der Kontakt zwischen Wölfen und der Bevölkerung fast so wahrscheinlich wie in Kanada, obwohl dort 60.000 Wölfe leben. „Die niedersächsische Wolfspopulationsdichte ist damit im Verhältnis gesehen nur geringfügig kleiner als die in Kanada“, so Bäumer. „In Niedersachsen kommen heute auf 1000 Quadratkilometer 4,2 Wölfe. In Kanada hingegen sind es auf gleicher Fläche 6,01 Wölfe.“ Die Werte seien in den Landkreisen Uelzen und Celle besonders kritisch. „In Uelzen leben derzeit 25 Wölfe auf knapp 135 Quadratkilometern. Auf 1000 Quadratkilometern hochgerechnet sind das 184,1 Wölfe. In Celle leben 45 Wölfen auf einer Fläche von 176 Quadratkilometern– hochgerechnet auf 1000 Quadratkilometern sind das 256,7 Wölfe“, so Bäumer.

„Wir haben eine Verantwortung vor allem gegenüber der ländlichen Bevölkerung in Niedersachsen. Angesichts dieser Zahlen dürfen wir die Wolfspopulation nicht sich selbst überlassen. Vor allem in Regionen, in denen die Populationsdichte signifikant zunimmt“, so Bäumer. „Dort, wo es keine andere Möglichkeit gibt, den Wolf wirksam fernzuhalten, muss sein Abschuss endlich ermöglicht werden.“ Insbesondere in weitläufigen Regionen wie in der Lüneburger Heide und an Deichen, wo eine Umzäunung nicht gewährleistet werden kann, stelle der Wolf eine große Gefahr für die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland dar.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**18. September 2018**

**Toepffer: Grenze ist erreicht – Wolfsrisse nicht mehr hinnehmbar**

Hannover. „Mit Besorgnis und Erschrecken nehmen wir in der CDU-Landtagsfraktion die Ereignisse rund um die Wolfsrisse im Landkreis Nienburg zur Kenntnis. Dass unmittelbar an einem Waldkindergarten ein Alpaka gerissen wurde, zeigt, wie nah der Wolf dem Menschen kommen kann. Die Eltern sind inzwischen so verängstigt, dass sie überlegen, den Kindergarten morgen in Eigenregie einzuzäunen. Kinder hinter Zäune, damit der Wolf frei leben kann – dies ist den Menschen in Niedersachsen nicht mehr vermittelbar. Es muss jetzt zügig geklärt werden, wie mit den Wölfen im Landkreis Nienburg verfahren wird“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer.

Der Fraktionschef weist darauf hin, dass sich diese Entwicklung schon länger abzeichnet hat: „Nach den zahlreichen Schafsrissen sind die Wölfe jetzt offensichtlich darauf konditioniert, sich an große Tiere zu wagen. Der Fall des 300-Kilogramm schweren, kürzlich gerissenen Rindes zeigt, dass hier kein einzelner Wolf zu Werke geht. Die Vermutung des Wolfsberaters, dass es sich um ein Rudel handelt, ist nachvollziehbar.“

Toepffer: „Das zuständige Umweltministerium muss jetzt schnell für Klarheit sorgen: Wie viele Wölfe treiben in der Region ihr Unwesen? Was ist geplant, um die Tierhalter und vor allem die Bevölkerung zu schützen? Wir können nicht darauf warten, dass ein Wolf erst wieder in einen Stall eindringt oder gar Schlimmeres passiert. Die vom Umweltministerium im Zusammenhang mit dem Wolf geführte Diskussion um die Weideprämie ist nicht zielführend und lenkt nur von der eigentlichen Problematik ab.“

Wichtig sei, dass es jetzt schnell gehe, bevor noch mehr passiert. „Die CDU-Landtagsfraktion steht bei diesem Thema eng an der Seite der betroffenen Menschen“, so der CDU-Fraktionschef.

# Aus dem Landtag – Presse September 2018

---

**25. September 2018**

**Toepffer: CDU begrüßt Paradigmenwechsel des Umweltministers – Niedersachsen will Wölfe notfalls schießen lassen**

Hannover. Nach den jüngsten Wolfsrissen und der Umzäunung eines Wald-Kindergartens im Landkreis Nienburg hat die Landesregierung heute eine Bundesratsinitiative beschlossen, die den Schutz des Menschen und seiner Nutztiere an die erste Stelle setzt. Vorbehaltlich einer Zustimmung der Länderkammer soll der Abschuss einzelner Wölfe demnach bereits bei geringeren Schäden und einer zu großen Annäherung an den Menschen ermöglicht werden. CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer lobt den Umweltminister für seinen Paradigmenwechsel beim Umgang mit dem Wolf: „Das energische Insistieren der CDU in den vergangenen Monaten zeigt Wirkung. Die Bürger in den betroffenen Gebieten verlangen zu Recht, dass der Schutz ihrer Kinder und auch der ihrer Nutztiere höchste Priorität hat. Wir werden nicht dabei zusehen, wie Kindergärten und Schafsherden weiträumig umzäunt werden, damit der Wolf in Freiheit leben kann. Der Abschuss des Wolfes ist dort, wo keine anderen Abwehrmaßnahmen zielführend sind, die einzig richtige Antwort auf die zunehmende Bedrohung. Wenn sein Fortbestand nicht länger gefährdet ist, gehört der Wolf wie jedes andere Wildtier auch ins Jagdrecht aufgenommen. Hierfür bedarf es einer bundesweit einheitlichen Regelung, um Rechtssicherheit zu schaffen.“

„Möglicherweise haben die vergangenen Ereignisse im Landkreis Nienburg dem Umweltminister zur Einsicht verholfen“, so Toepffer weiter. Nun seien alle Akteure gefragt, eine Mehrheit im Bundesrat sicherzustellen: „Wir erwarten von der Landesregierung, aber auch von den sie tragenden Fraktionen, jetzt nicht nachzulassen. Wir werden jedenfalls bei den übrigen Unionsfraktionen in den Ländern dafür werben, der niedersächsischen Initiative zuzustimmen.“